

# Die Fotovoltaik-Pflicht wird kommen

Mit 19 Stimmen doch etwas überraschend, hat der Landtag die FL-Motion überwiesen. Auch die Wirtschaft wird in die Pflicht genommen.

Julia Kaufmann

Als letzte Traktanden standen gestern die beiden Motionen der Freien Liste «Fotovoltaik auf jedem Dach» und «Fotovoltaik-Pflicht für Nicht-Wohnbauten» auf der Tagesordnung. Die erste «Vaterland»-Prognose ging zwar davon aus, dass die Motionen wohl an die Regierung überwiesen werden, dass die Fotovoltaik-Pflicht auf allen Dachflächen bei Wohnbauten allerdings derart viel Zustimmung findet, überraschte doch ein wenig. Ferner wird die Klimakrise die Abgeordneten zum Umdenken bewegt haben, als ihnen doch der Ukraine-Krieg und die Abhängigkeiten von gewissen Förderländern in den Knochen sitzen.

Die Regierung jedenfalls begrüßte die breite Unterstützung. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni sprach etwa von «Rückenwind» für ihre Arbeit. Denn in ihrem Ministerium werde schon seit Längerem eine entsprechende Fotovoltaik-Pflicht vorbereitet.

## System auf «fordern und fördern» anpassen

Mit der Motion «Fotovoltaik auf jedem Dach» wird die Regierung beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu treffen, dass ab 2025 eine Fotovoltaik-Pflicht auf allen geeigneten Dachflächen bei neu erstellten Wohnbauten besteht. Diese soll bei Altbauten, bei denen eine Dachsanierung ausgeführt wird, ebenfalls gelten und alle Anlagen müssen die maximal mögliche Dachfläche ausnützen.



Die Motionäre, darunter Patrick Risch, sahen die Zeit zum Handeln gekommen. Bild: Daniel Schwendener

Eine Abweichung von der Pflicht ist nur für Dachflächen möglich, bei denen eine Anlage erwiesenermassen ineffizient oder nicht möglich ist. Wie Georg Kaufmann (FL) ausführte, müsse der Eigenversorgungsgrad massiv erhöht werden. Aktuell liegt der Solarstromanteil in Liechtenstein am gesamten Verbrauch von elektrischer Energie bei 7,4 Prozent. Mit der Fotovoltaik-Pflicht könne dieser auf 40 Prozent erhöht werden, ist die Freie-Liste-Fraktion überzeugt. «Hierfür bedarf es allerdings einer kompletten Haltungsänderung», betonte Kaufmann. Parteikollege Patrick Risch ergänzte, dass somit das System auf «fordern

und fördern» angepasst werden müsse. Soll heissen, die bestehenden Förderungen für Fotovoltaik-Anlagen sollen weiterhin mittels Gesetzesänderung bestehen bleiben. In diesem Zug erwähnten einige Abgeordnete, dass sie sich auch den Einsatz von Staatsreserven, zum Beispiel mit einem zinslosen Darlehen, vorstellen könnten. Auch Günter Vogt (VU) vertrat die Haltung, dass mit der Freiwilligkeit das «brachliegende Potenzial» nicht ausgeschöpft werden könne. «Wir müssen uns strategisch schnell und neu ausrichten», erklärte er. Und letztlich erhielt die Motion auch vonseiten der FBP Zuspruch. So sprachen sich

sowohl Daniel Oehry wie auch Daniel Seger für eine Fotovoltaik-Pflicht aus. Und Sebastian Gassner ergänzte: «Auch wenn die Einführung einer Pflicht unpopulär ist, können wir uns keine Extraschleifen mehr leisten.» Der VU-Abgeordnete Walter Frick ging sogar noch einen Schritt weiter und plädierte dafür, dass gleichfalls auch das Verbot von Öl- und Gasheizungen forciert werden solle.

Trotz des vielen Beifalls für die Freie-Liste-Fraktion blieben kritische Stimmen nicht aus. Die Votanten, die der Fotovoltaik-Pflicht eher ablehnend gegenüberstanden, stürzten sich vor allem an der Pflicht, die einem Zwang gleichkomme. Stattdes-

sen würden sie es begrüßen, wenn die Förderung attraktiver und die Sensibilisierung beziehungsweise Information besser ausgestaltet werden würden. Karin Zech-Hoop (FBP) etwa war der Meinung, dass ein schneller Ausbau nur mit der verstärkten Förderungen und einem besseren Abnahmepreis erreicht werden könne. Für VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann widerspricht eine solche «zwanghafte Einführung meinem demokratischen Empfinden». Nicht zuletzt sprachen sich auch die beiden DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak gegen die Fotovoltaik-Pflicht aus. Sie unterbreiteten der Freien Liste, diese solle ihre Motion in eine Petition umwandeln, da es sich hierbei um einen Schnellschuss handle. Ausserdem erklärte Sascha Quaderer (FBP), dass die Kriterien, die für Bauherren wichtig sind, bislang anders ausgelegt wurden. «Doch die steigenden Energiepreise haben eine Signalwirkung: Sie zeigen eine Knappheit an und schaffen neue Anreize.» Deshalb sollte seiner Meinung nach auf die «Eigenverantwortung» der Liechtensteiner gesetzt werden. Eigenverantwortung – ein Reizwort für Manuela Haldner-Schierscher (FL), sie entgegnete emotional, dass die Zeit fehle, um noch auf diese setzen zu können. «Der Hut brennt schon und die Eigenverantwortung bremsst uns heute nur aus», hielt die FL-Abgeordnete fest.

Nicht nur die Regierungschef-Stellvertreterin konnte der Motion einiges abgewinnen, auch Regierungsrätin Graziella

Marok-Wachter unterstützte die Zielsetzungen der Motion. Allerdings gab sie auch zu bedenken, dass für die Umsetzung letztlich noch einige Fragen zu klären und Details im Baugesetz anzupassen seien. «Diese sind aber lösbar», auch wenn hierfür in gewisse Bereiche der Gemeindeautonomie eingegriffen werden müsse. Die Motion für «Fotovoltaik auf jedem Dach» wurde mit 19 Stimmen bei 24 Anwesenden an die Regierung überwiesen.

## Wirtschaft wird ebenfalls in die Pflicht genommen

Auch die zweite Motion «Fotovoltaik-Pflicht für Nicht-Wohnbauten» erhielt trotz einiger weniger kritischer Voten eine Mehrheit: 14 Abgeordnete bei 23 Anwesenden gaben ihr grünes Licht. Mit dieser Motion wird die Regierung beauftragt, dem Landtag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die zur Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf Nicht-Wohnbauten – namentlich Industrie-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsgebäuden – verpflichtet. Die Pflicht gilt für Neubauten, die ab 2025 erstellt werden. Bis 2035 müssen alle geeigneten Flächen – auch bei Bestandsbauten – mit einer Fotovoltaikanlage ausgestattet sein. Es soll eine maximale Nutzung der bestehenden Flächen angestrebt werden. Das soll heissen, knapp 20 Prozent des Stromverbrauchs könnten damit gedeckt werden. Den Motionären war es wichtig, dass die Wirtschaft als grösste Energieverbraucherin stärker in die Pflicht genommen wird.

## Corona: Welche Strategie verfolgt die Regierung jetzt?

Mit Blick auf den kommenden Herbst wollten die Abgeordneten wissen, was bei einer erneuten Covid-19-Welle geplant ist.

Das Coronatraktandum war lange als fester Bestandteil der Landtagssitzungen etabliert – gestern stand es zum vorläufig letzten Mal auf dem Programm. Regierungsrat Manuel Frick kündigte an, dass im Mai-Landtag von der Regierung kein Sondertraktandum mehr zu Covid-19 vorgesehen ist: «Die Pandemie ist zwar noch nicht vorbei, aber die derzeitige Situation ist sehr positiv zu bewerten.»

Trotz der aktuell guten Lage machen sich einige Abgeordnete Sorgen wegen einer allfälligen neuen Welle nach dem Sommer. Sebastian Gassner von der FBP wollte wissen: «Verabschieden wir uns jetzt einfach in die Sommerpause und schauen dann, was im Herbst passiert?» Regierungsrat Manuel Frick verneinte, dass sich die Regierung in einen «Dornröschenschlaf» begeben. Er räumte aber ein, dass man momentan schlicht nicht wisse, womit sich Liechtenstein im

Herbst konfrontiert sehe. Schon während der gesamten Pandemie habe man mit unvollständigem Wissen arbeiten müssen. «Was wir aber wissen: Wir sind massiv besser aufgestellt als am Anfang der Pandemie und werden den Herbst gut meistern können.» Regierungschef Daniel Risch fügte an, dass es unmöglich sei, jetzt schon vorauszusagen, was im Oktober passiert. «Aber wir werden vorbereitet sein.»

## Wie soll mit Long Covid umgegangen werden?

Regierungsrat Frick wies auf vier mögliche Szenarien hin: Im besten Fall wird es im Herbst kein nennenswertes epidemiologisches Geschehen mehr geben. Das sei aber «Wunschdenken». Im zweiten Szenario würde es zu endemischen Wellen kommen, die aber noch gut zu bewältigen wären, im dritten zu starken Wellen mit einer grossen Belas-

tung für das Gesundheitswesen. Im schlimmsten Fall würde eine komplett neue Variante auftauchen. Vom düstersten Szenario gehe er aber nicht aus, so Frick.

Ein weiteres Thema war gestern der Umgang mit den längerfristigen Folgen einer Coronainfizierung (Long Covid). «Besteht hier ein Konzept?», fragte die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher. Frick betonte, dass in diesem Bereich der Fokus auf die Diagnose gelegt werden müsse, um die richtigen Behandlungsmöglichkeiten zu finden. Auf die Frage, ob die Krankenkassen die Kosten für eine allfällige Behandlung übernehmen, sagte er: «Grundsätzlich ist das die Idee.» Da es sich aber um ein Thema handle, bei dem noch wenig Erfahrung bestehe, sei es schwierig, jetzt schon ein klares Konzept vorzulegen.

Valeska Blank

## Kosten für Reisedokumente bleiben vorerst hoch

Für einen Pass oder eine ID müssen Liechtensteiner tief in die Tasche greifen. Die DpL wollte dies auf unbeliebtem Weg ändern.

Die Kosten von Reisedokumenten sind ein emotionales Thema. Viele Einwohner betrachten sie als zu hoch. Besonders, wenn man die Schweiz als Vergleich heranzieht. Grundsätzlich teilen auch die Abgeordneten diese Meinung. Sie wünschen sich, dass die Kosten gesenkt werden. Die Oppositionspartei DpL nutzte die Gunst der Stunde und reichte eine Motion ein. Mit dieser sollte künftig der Landtag und nicht die Regierung über die Höhe der Gebühren entscheiden. Obwohl den Parlamentariern die hohen Kosten ein Dorn im Auge sind, wurde die Motion bei der Abstimmung abgeschmettert. Neben der DpL-Fraktion, Thomas Rehak und Herbert Elkuch, stimmten lediglich Johannes Kaiser und Wendelin Lampert von der FBP dem Begehren zu. Der Tenor lautete, dass die Motion der Gewaltenteilung widerspreche. Die Kompetenz für die Festlegung von

Gebühren liege bei der Regierung «und da soll sie auch bleiben», so der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann. Gunilla Marxer-Kranz (VU) sagte, dass der Landtag andere Möglichkeiten habe. So könne er bei der Budgetberatung Kürzungsanträge stellen und somit eine Reduktion der Preise für Reisedokumente indirekt herbeiführen.

## Die Preise sollen die Kosten decken

Herbert Elkuch wünschte sich, dass durch die Motion der Landtag letzten Endes darüber entscheiden kann, die Gebühren auf Schweizer Niveau zu senken. Dies wären 140 Franken für einen Reisepass und 65 Franken für eine Identitätskarte. Zusätzlich soll wie in der Schweiz ein Kombiangebot eingeführt werden. Somit wären Pass und ID, wenn man diese zusammen bestellt, günstiger. Derzeit kostet ein Reisepass für Liechtensteiner 250 Franken,

eine Identitätskarte 150. Die Kosten für beide Ausweise betragen also 400 Franken.

Elkuch steht mit seinem Wunsch nicht alleine da. Auch wenn nicht alle Abgeordneten auf eine vollumfängliche Preisreduktion pochen. Ähnliche Forderungen waren bereits früher im Form von Kleinen Anfragen im Landtag aufgetaucht.

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni sagte bei ihrem Votum, dass die Preise die Kosten decken. Dies soll eingehalten werden. Die Herstellung der Liechtensteiner Pässe ist teurer als in anderen Ländern, weil kleine Stückzahlen in Auftrag gegeben werden. Künftig müssen jedoch die Ausweise aufgrund der Mitgliedschaft bei Schengen und im EWR neu konzipiert werden. Dann könne man die Gebühren, falls die Möglichkeit besteht, nochmals prüfen.

Damian Becker